

Großkonzerne wie Amazon oder Apple sparen sich Hunderte Millionen Euro, weil einige EU-Staaten ihnen steuerlich sehr weit entgegenkommen.

FOTO: PZ-MONTAGE



Kampfansage gegen Steuergeschenke

- Die EU geht gegen Vergünstigungen für Großkonzerne vor.
- Versandhändler Amazon soll 250 Millionen Euro nachzahlen.

ALKIMOS SARTOROS UND ANSGAR HAASE | BRÜSSEL

Die Zeiten lukrativer Steuerdeals für multinationale Großkonzerne scheinen zumindest in der EU vorbei. Die Brüsseler EU-Kommission stufte gestern von luxemburgischen Behörden gewährte Vergünstigungen für den Online-Versandhändler Amazon als wettbewerbswidrig ein. Das Land soll nun von dem US-Unternehmen Nachzahlungen in Höhe von rund 250 Millionen Euro zuzüglich Zinsen verlangen. Fragen und Antworten zur Entscheidung im Überblick:

Worum genau ging es bei den Ermittlungen gegen Luxemburg?

Vor allem um die Frage, ob das Land Amazon illegale Vorteile eingeräumt hat, um das Unternehmen an sich zu binden. Die Ermittler schauten sich an, ob die

Behörden es zugelassen haben, dass das Unternehmen die zu versteuernden Gewinne mit Hilfe von günstigen Berechnungsmethoden zu niedrig ansetzte. Dafür prüften sie vor allem die sogenannten Steuervorbescheide. Dies sind schriftliche Erklärungen von Steuerbehörden an Unternehmen, die im Vorhinein festlegen, wie die Unternehmenssteuer zu berechnen ist und welche Steuervorschriften angewendet werden.

Was sah der Bescheid für Amazon vor?

Er ermöglichte es Amazon, den größten Teil seiner Gewinne von einem Unternehmen des Konzerns, das der Luxemburger Steuer unterliegt (Amazon EU), auf ein Unternehmen zu verlagern, bei dem das nicht der Fall ist (Amazon Europe Holding Technologies). Der Steuervorbescheid sah insbesondere vor, dass Amazon EU eine Lizenzgebühr an die Amazon Europe Holding Technologies zahlt. Dadurch wurde der zu versteuernde Gewinn von Amazon EU um drei Viertel verringert.

Muss Amazon nun die Preise erhöhen oder Mitarbeiter entlassen?

Damit rechnet niemand. Der Konzern verzeichnete zuletzt einen Jahresgewinn in Höhe von

2,4 Milliarden US-Dollar. Amazon betonte gestern sogar noch einmal, die Mitarbeiterzahl in Europa bis Ende des Jahres um 15 000 erhöhen zu wollen. Anfang 2017 arbeiteten rund 50 000 Menschen für Amazon in Europa.



Im Zwielflicht: EU-Kommissionschef Jean-Claude Juncker. FOTO: BELGA

Profitiert Amazon noch immer von dem Steuerdeal?

Nein. Das Unternehmen versteuert Gewinne seit 2015 nicht mehr zentral in der Europazentrale in Luxemburg, sondern in einzelnen europäischen Ländern, darunter in Deutschland. Die Kommissionsentscheidung hält Amazon dennoch für falsch. „Wir sind der Ansicht, dass Amazon keine Sonderbehandlung von Luxemburg erhalten hat und wir Steuern in vollem Einklang mit dem luxemburgischen und internationalen Steuerrecht bezahlt haben“, teilte das Unternehmen mit. Man prüfe nun rechtliche Möglichkeiten. Luxemburg äußerte sich ähnlich – dem Land droht unter anderem noch Ärger wegen Steuerdeals mit McDonald’s.

Ist Amazon ein Präzedenzfall?

Nein. Bereits 2015 hatte die EU-Kommission Steuervorteile für die Kaffeehauskette Starbucks in den Niederlanden und eine Tochter des Autobauers Fiat in Luxemburg für unzulässig erklärt. Die Staaten mussten Beträge in zweistelliger Millionenhöhe nachfordern. Eine Nachzahlung in Höhe von sage und schreibe bis zu 13 Milliarden Euro plus Zinsen droht dem US-Technologieunternehmen Apple wegen eines Steuerdeals mit Irland. Bislang weigert sich das Land, das Geld einzufordern. Die EU-Kommission kündigte deswegen gestern den Gang vor den Europäischen Gerichtshof an.

Welche Rolle spielt EU-Kommissionschef Jean-Claude Juncker?

Kritiker werfen Juncker vor, in seiner Zeit als Luxemburger Regierungschef (1995–2013) Steuervermeidungsmodelle zumindest geduldet zu haben. Juncker bestreitet jegliche Verantwortung.

Die Steuersparmodelle gingen vermutlich auf die Kosten anderer EU-Länder. Warum konnte das System überhaupt so lange funktionieren?

Das ist noch immer eine der großen offenen Fragen. Möglicherweise haben etliche Staaten zweifelhaft Praktiken genutzt, um Unternehmen in ihrem Land zu halten – und deswegen andere nicht angeschwärzt. Eine EU-Richtlinie zur Zusammenarbeit in Steuerfragen sieht eigentlich bereits heute vor, dass die Finanzbehörde eines Mitgliedstaates andere EU-Länder informiert, wenn sie den Verdacht hat, dass ein Unternehmen fragwürdige Steuersparmodelle nutzt.

Gibt es Hoffnung, dass die Verfahren der EU-Kommission zu mehr Steuergerechtigkeit führen?

Ein bisschen. Wettbewerbskommissarin Margrethe Vestager wies gestern darauf hin, dass Länder wie Luxemburg und Zypern bereits Änderungen an ihren Steuersystemen vorgenommen haben. Gleichzeitig betonte sie, dass noch deutlich mehr getan werden müsse. Als Schritt in die richtige Richtung gilt ein von Deutschland ausgehender Vorstoß für ein neues europäisches Modell zur stärkeren Besteuerung globaler Internetriesen wie Google und Apple.

US-Handelsschranken könnten Baden-Württemberg hart treffen

WOLF VON DEWITZ | STUTTGART

Sorgenfalten im Südwesten: Mögliche US-Handelsschranken könnten einer Studie zufolge ein heftiger Dämpfer für Baden-Württembergs Wirtschaft werden. Die Exporte könnten durch solche Entwicklungen künftig jedes Jahr um fünf Prozent sinken und die Realeinkommen um 0,8 Prozent fallen, heißt es in der gestern in Stuttgart vorgestellten Analyse des Instituts für Angewandte Wirtschaftsforschung (IAW), des Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) und anderer Institute. Die Autoren nehmen bei ihrer Berechnung an, dass die USA eine sehr hohe Importabgabe von 35 Prozent berechnen würden.



Die Geschäfte für Baden-Württembergs Unternehmen laufen gut. Doch Exporteure fürchten Risiken. FOTO: DPA-ARCHIV

Käme es zudem zu einem harten Brexit, also zu Handelschranken nach Großbritannien, würden die Exporte aus Baden-Württemberg um einen Prozentpunkt fallen, erwarten die Autoren, unter ihnen IAW-Direktor Bernhard Boockmann. Das Minus beim Realeinkommen – also der Kaufkraft nach Abzug der Inflation – läge dann bei 0,3 Punkten. Das Landeswirtschaftsministerium hatte das Gutachten in Auftrag gegeben.

Ressortchefin Nicole Hoffmeister-Kraut (CDU) sagte mit Blick auf die Ergebnisse: „Das hätte große Auswirkungen auch auf die Kaufkraft in Baden-Württemberg.“ Die Studie verdeutliche, wie dringlich Gespräche auf internationalem Parkett seien, damit die befürchteten Handelschranken gar nicht erst kämen.

Die Studie beleuchtet auch anstehende Umbrüche in der Industrie durch die Digitalisierung und andere Trends. Die Ministerin sagte, man werde auf Grundlage des Gutachtens eigene Fördermaßnahmen prüfen.



Das Agosi-Team: Umicore-Aufsichtsratschef Ralf Kulemeier, Bernhard Olt, Andreas Tiefenbacher und Franz-Josef Kron verabschieden Dietmar Becker (von links). FOTO: PRIVAT

Stabwechsel bei der Agosi

Vorstand Dietmar Becker im Ruhestand – Ein Trio folgt nach

PFORZHEIM. Der bisherige Vorstand der Agosi AG (Allgemeine Gold- und Silberscheideanstalt AG), Dietmar Becker, ist im Rahmen einer internen Feier in den Ruhestand verabschiedet worden.

Im Namen des gesamten Agosi-Managementteams bedankte sich Finanzvorstand Bernhard Olt für die gute Zusammenarbeit in den vergangenen sieben Jahren. Becker habe maßgeblich zu einer positiven Entwicklung des Unternehmens beigetragen.

Ab sofort werden sich laut einer Mitteilung von Agosi Franz-Josef Kron sowie Bernhard Olt und Andreas Tiefenbacher als neue Mitglieder des Vorstands von Agosi den Herausforderungen in ihren jeweiligen neuen Aufgabenbereichen stellen. Kron wird demnach als Vorsitzender des Vorstands die Geschicke von Agosi leiten. Er arbeitete bereits seit vielen Jahren in verschiedenen Positionen für den Mutterkonzern Umicore, seine bisherige Funktion übte er als

Senior Vice President & Business Unit Manager Technical Materials bei der Umicore in Hanau aus. Tiefenbacher verantwortet künftig als Vorstand den Bereich Vertrieb & Marketing. Bisher war Tiefenbacher ebenfalls bei der Umicore in Hanau als Vice President & Business Unit Manager für den Geschäftsbereich Platinum Engineered Materials verantwortlich. Olt wird als Vorstand Finanzen weiterhin seinen bisherigen Bereich bei Agosi leiten. pm

JOURNAL

Überraschend viele Autoverkäufe

BERLIN. Die Deutschen kaufen in diesem Jahr mehr Autos als von den Herstellern erwartet. Der Branchenverband VDA geht davon aus, dass bis Jahresende 3,5 Millionen Neuwagen verkauft werden, vier Prozent mehr als im Vorjahr. Bislang war die Industrie davon ausgegangen, dass es wie im Jahr zuvor 3,35 Millionen Neuzulassungen geben würde. In den ersten neun Monaten lag die Zahl trotz eines Rückgangs im September mit 2,6 Millionen rund zwei Prozent über dem Vorjahreswert, wie der Verband gestern mitteilte. Der Präsident des Verbands der Automobilindustrie (VDA), Matthias Wissmann, sieht einen Grund für die steigenden Verkaufszahlen in Umstiegsprämien der Hersteller für ältere Dieselfahrzeuge. dpa

ZAHL DES TAGES

15 719

Flüge von und nach Deutschland sind in diesem Jahr bislang annulliert worden. Das belegen Zahlen des Fluggastrechtoportals EUclaim. Das sind fast ein Viertel mehr als im Vergleichszeitraum des Vorjahres. Auch die Zahl der Flüge mit mehr als drei Stunden Verspätung ist von 4 212 auf 4 887 gestiegen. Verantwortlich für die höheren Zahlen seien insbesondere die Probleme bei der insolventen Air Berlin. pm



Nobilia schlägt bei Alno-Küchen zu

COSWIG/VERL. Ein Teil des insolventen Küchenkonzerns Alno geht an Deutschlands Marktführer der Branche, Nobilia. Das Unternehmen aus dem ostwestfälischen Verl gehöre zu einer Investorengruppe, welche die Alno-Tochterfirma Pino gekauft habe, teilte ein Sprecher des Insolvenzverwalters Martin Hörmann gestern mit. Nobilia bestätigte dies. Wie hoch die Kaufsumme ist und wer die anderen Investoren sind, wurde nicht bekannt. Damit die Transaktion gültig wird, müssen noch die Kartellbehörden zustimmen. Alno mit seinen rund 1 600 Mitarbeitern hatte im Juli Insolvenz angemeldet, das Insolvenzverfahren läuft seit Monatsbeginn. Billigtochter Pino stand in dem insgesamt maroden Küchenkonzern jedoch gut da. dpa

Fälschungsverdacht gegen Nissan

TOKIO. Der zweitgrößte japanische Autobauer Nissan steht Medienberichten zufolge im Verdacht, Unterlagen zu Sicherheitschecks gefälscht zu haben. Wie die Nachrichtenagentur Kyodo gestern unter Berufung auf Insider meldete, könnte der Renault-Partner versucht haben zu vertuschen, dass Sicherheitsüberprüfungen in den Fabriken nicht von qualifiziertem Personal vorgenommen worden waren. Nissan erklärte, man lasse die Vorgänge rund um die Inspektionen umfassend prüfen. Ergebnisse würden bis zum Monatsende erwartet. Der Autobauer hatte eingeräumt, etwa 60 000 Neuwagen nicht verkaufen zu dürfen. dpa